

Resolution für den Wirtschafts- und Sozialrat für die finanzielle Hilfeleistungen für
Krisenländer

WiSo/Ent/001

17.07.2017

Eingereicht im Wirtschafts- und Sozialrat
Eingereicht durch die französische Republik

Der Wirtschafts- und Sozialrat,

zutiefst beunruhigt über die hohe Zahl von Toten und Verwundeten durch die Kämpfe in allen Krisengebieten weltweit,

stark beunruhigt über die zunehmende Zahl von Flüchtlingen,

hervorhebend, dass Flüchtlingsströme langfristig hauptsächlich durch Maßnahmen in den Krisenländern eingedämmt werden können,

bemerkend, dass dabei auf die Ursache der Missstände eingegangen werden muss,

mit Enttäuschung zur Kenntnis nehmend, dass zu viele UN-Mitgliedsstaaten das Geschehen ignorieren,

in vollem Bewusstsein über die zugespitzte Situation in den Zufluchtsländern und die desolaten Zustände in den Flüchtlingsunterkünften,

alarmiert über die mangelnden Hilfsgüter,

in Erwartung, mehr Hilfsgüter gezielter in die Krisenregionen zu schicken,

begrüßt wärmstens das Engagements einzelner Staaten in der Versorgung der Flüchtlinge,

bemerkend, dass einige Konflikt- und Krisenregionen nicht ausreichend versorgt werden können,

zutiefst beunruhigt über Naturkatastrophen und die dadurch resultierenden Hungersnöte, sowie tödliche Epidemien, die der Zivilbevölkerung stark zusetzen.

1. *Fordert* mehr finanzielle Mittel für Krisenregionen;
2. *in Erwartung*, dass diese Mittel sinnvoll verteilt und eingesetzt werden;
3. *ruft* alle beteiligten Konfliktparteien, zu einem unverzüglichen und umfassenden Waffenstillstand *auf*;
4. *ruft* alle Konfliktparteien, die als legitim betrachtet werden können, zur sofortigen Kooperation mit den Institutionen der Vereinten Nationen *auf*;
5. *empfiehlt* zu kontrollieren, wer die Hilfeleistungen entgegennimmt;
6. *sieht vor*, bei der finanziellen Unterstützung von Krisenländern Korruption zu verhindern;
7. *ermutigt* zur stärkeren Unterstützung der UN und sämtlicher Hilfsorganisationen, die im Sinne der UN handeln;
8. *erinnert an* die Sicherstellung der Freiheit und Stabilität in unmittelbar betroffenen Ländern;
9. *drängt* auf eine schnellere und bessere Versorgung der betroffenen Zivilisten in den Konfliktregionen und den Zufluchtsländern;
10. *fordert*, dass alle Mitgliedsstaaten die humanitäre Hilfe über politische, wirtschaftliche und militärische Ziele stellen;

11. *drängt* auf die Verbesserung des Zugangs zu Bildung für Mädchen und Jungen und der Beschäftigung von Frauen und Männern;
12. *ermutigt* zum Austausch über nachhaltige Landwirtschaft und Förderung des selbstständigen Anbaus von Grundnahrungsmitteln;
13. *legt dringend nahe*, mehr Hilfsgüter gezielter an die betroffenen Konfliktorte zu schicken;
14. *drängt* darauf, dass nicht nur finanzielle Hilfeleistungen gezahlt werden müssen, sondern auch mit Fachwissen die Krisenregionen zu unterstützen;
15. *fordert*, dass alle Staaten das Pariser Klimaabkommen unterschreiben, um präventiv Naturkatastrophen zu verhindern;
16. *unterstützt* langfristige Entwicklungsprojekte zur Prävention von großen Flüchtlingsbewegungen;
17. *lenkt* die Aufmerksamkeit darauf, dass neben humanitären auch die militärischen Hilfeleistungen in Krisenländern situationsbedingt sinnvoll sein können;
18. *fordert* dringend die Katastrophenvorsorge auszubauen und somit zum Beispiel die Arbeit an Frühwarnmechanismen oder das Training von humanitären Helfern vor Ort zu verbessern;
19. ***drängt auf die stärkere Unterstützung von Friedensmediation und Friedenskonsolidierung in Post-Konfliktstaaten, um das Wiederaufflammen von gewaltsamen Konflikten zu verhindern;***
20. *beschließt* bis zur Lösung dieses Konflikts mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.